Artikel vom 05.10.2026 · Ausgedruckt am 10.11.2026, 15:45 Uhr

Online: https://lz-rheinland-staging.p-k3txh2.project.space/nachricht/kommentar-nachhaltigkeit-zwischen-anspruch-und-buerokratie

Kommentar: Nachhaltigkeit - Zwischen Anspruch und Bürokratie



Birgit Scheel: „Nachhaltigkeit darf nicht daran scheitern, dass deren Nachweis mehr Aufwand verursacht als ihre Umsetzung.”

Nachhaltigkeit ist im Gartenbau längst mehr als ein Werbeschlagwort. Viele Betriebe sparen Wasser, reduzieren Pflanzenschutzmittel, nutzen erneuerbare Energien, arbeiten mit regionalen Produkten oder verzichten auf Torf. Mit den neuen Vorgaben des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG), die seit dem 27. September gelten, stellt sich nun allerdings die Frage: Wie soll ein mittelständischer Gartenbaubetrieb all das rechtssicher kommunizieren und umsetzen?

Grundsätzlich ist es richtig, Verbraucher vor irreführenden Umweltversprechen zu schützen. Doch in der Praxis droht aus einem berechtigten Anliegen ein weiterer bürokratischer Kraftakt zu werden. Wer künftig mit Begriffen wie „nachhaltig“, „umweltfreundlich“ oder „klimafreundlich“ wirbt, muss sehr genau wissen, was er behaupten darf – und im Zweifel nachweisen können, worauf sich die Aussage stützt.

Für große Unternehmen mag es möglich sein, dafür eigene Abteilungen einzusetzen, Daten zu erheben und Zertifizierungen zu finanzieren. Ein kleiner Familienbetrieb hat diese Möglichkeiten nicht. Dort kümmert sich der Unternehmer häufig selbst um Produktion, Personal, Einkauf, Verkauf und Marketing. Wenn nun für jede Umweltaussage zusätzliche Dokumentations- und Prüfpflichten entstehen, bleibt weniger Zeit für das, worum es eigentlich geht: Pflanzen zu produzieren und Kunden zu bedienen.

Besonders problematisch wird es, wenn pauschale Begriffe vermieden werden sollen, ohne dass für alle Umweltwirkungen praktikable und einheitliche Bewertungsmaßstäbe zur Verfügung stehen. Ist regional produziertes Obst und Gemüse nachhaltiger als importierte Ware? Wie wird der Vorteil eines torfreduzierten Substrats gegenüber höheren Transport- oder Energieaufwendungen bewertet? Solche Fragen lassen sich nicht mit einem einfachen grünen Haken beantworten.

Die Branche sollte deshalb nicht davor zurückschrecken, ihre Leistungen für Umwelt und Klima sichtbar zu machen. Sie sollte aber verlangen dürfen, dass die dafür geltenden Regeln verständlich, verhältnismäßig und im Betriebsalltag umsetzbar sind. Nachhaltigkeit darf nicht daran scheitern, dass deren Nachweis mehr Aufwand verursacht als ihre Umsetzung.

Wer Greenwashing verhindern will, sollte vor allem die schwarzen Schafe treffen – und nicht jene Gartenbauunternehmen, die längst handeln.

Birgit Scheel

(Aritkel aus OGP 10/2026)